

Newsletter aus Europa No. 8 (Juli 2010)

**In diesem Newsletter finden Sie:**

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Aktuelles aus den Ausschüssen & Intergroups
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

**Aktuelles aus Straßburg**

**SWIFT-Abkommen unter Dach und Fach**

Am 8. Juli hat das Europaparlament dem neu ausgehandelten Bankdatenabkommen zwischen den USA und der EU zugestimmt. Das Abkommen kann somit voraussichtlich ab 1. August in Kraft treten. Im Februar hatte das Parlament das Abkommen aufgrund von Daten- und Rechtsschutzbedenken noch abgelehnt. In der Zwischenzeit konnten die Abgeordneten wichtige Zusatzbestimmungen durchsetzen. Darunter folgende Kernforderungen:

- Zugriff und Auswertung der Daten in den USA werden in Zukunft durch einen europäischen Beamten überwacht und gegebenenfalls blockiert.
- Aufbau eines Filtersystems von Daten auf EU-Boden innerhalb der nächsten 5 Jahre

Damit wird die noch geltende, unverhältnismäßig Speicherdauer von Daten von 5 Jahren zu entschärft, in dem der Beamte den Zugriff gegebenenfalls blockieren kann. Darüber hinaus sind Rat und Kommission rechtsverbindlich verpflichtet innerhalb eines Jahres einen Vorschlag für ein Extrahierungssystem vorzulegen. Sollte dies binnen 5 Jahren nicht aufgebaut sein, besteht die Möglichkeit, das Abkommen zu beenden.

Ebenso wurde darüber verhandelt, dass die europäische Polizeibehörde Europol künftig Anfragen der USA verifizieren könne. Die genaue Reichweite dieses Mandats soll aber noch geklärt werden.

Der Rat und die Kommission hatten sich schon auf den Abkommenstext geeinigt. Es fehlte aber noch die Bestätigung des Europäischen Parlaments.

**Das unsinnige Ende der unbezahlten Praktika - Zumindest wenn es nach den Abgeordneten ginge**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Jugendliche unverhältnismäßig stark getroffen. 21,4 Prozent der unter 25 jährigen sind arbeitslos - Tendenz steigend. Das Europäische Parlament hat sich daher in einem Entschließungsantrag dafür eingesetzt, Jugendlichen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und den Status von Praktikanten, Auszubildenden und Lehrlingen zu stärken. Konkret soll es neben Maßnahmen für Schulabbrecher, eine Charta für die Qualität von Praktika sowie Hilfen für junge Firmengründer geben. Das klingt alles schön und gut, wäre da nicht eine feine Formulierung enthalten, die ein Verbot unbezahlter Praktika vorsieht. Es steht außer Frage, dass wir vermeiden wollen, dass junge Menschen monatelang in unsicheren Arbeitsverhältnissen und in Hoffnung auf einen festen Job unbezahlte Arbeit leisten. Deshalb unbezahlte Praktika ganz zu verbieten, wäre allerdings eine völlig überzogene Schlussfolgerung. Denn diese können jungen Menschen wertvolle Erfahrungen in gemeinnützigen oder sozialen Organisationen ermöglichen, die ein spannendes Arbeitsumfeld bieten, es sich aber einfach nicht leisten können, ein Praktikantengehalt zu zahlen. Das zentrale Kriterium sollte deshalb die Dauer des Praktikums sein: sobald es länger als sechs Monate läuft, kann der Arbeitgeber auf Arbeitsleistung bauen, d.h. ein Praktikant ist voll einsatzfähig und leistet einen Mehrwert. Ab dann sollte auch eine Entlohnung erfolgen.

**Editorial**



*Liebe Europa-Interessierte,*

*das SWIFT-Abkommen hat nach fünf weiteren Monaten der Verhandlung die letzte Hürde im Europaparlament genommen. Wichtige Forderungen der Liberalen wurden übernommen, der Daten- und Rechtsschutz der europäischen Bürger erheblich verbessert.*

*Auch weitere große Themen, wie die wirtschaftspolitische Steuerung der EU und der Auswärtige Dienst standen auf dem Programm.*

*Im Bildungs- und Qualifikationsbereich ging es diesmal um einen Entschließungsantrag, der sich damit beschäftigt, wie man die derzeitige Situation von jungen Menschen, die mit am stärksten von der Krise getroffen wurden, verbessern kann. Hier kam es zu teils unverständlichen Forderungen. Dazu und zu anderen Themen aus meinem Tätigkeitsbereich mehr in diesem Newsletter.*

*Ihre  
Nadja Hirsch*

Newsletter aus Europa No. 8 (Juli 2010)

Was man bei all dem nicht vergessen sollte, ist, dass es sich beim abgestimmten Text um einen eigens erarbeiteten Vorschlag der Abgeordneten Emilie Turunen handelt. Dieser wird nun in Form eines Entschließungsantrags an die Kommission übergeben, mit der Aufforderung, sich mit diesem Thema zu befassen. Trotz des hohen symbolischen Charakters, ist der Antrag nicht bindend und verpflichtet weder Kommission noch Mitgliedstaaten zum Handeln.

## **Aktuelles aus dem Wahlkreis**

### **Kritik am Deutschen Einheimischen-Modell**

Die Europäische Kommission hat Deutschland aufgefordert, gegen das sogenannte Einheimischen-Modell vorzugehen. Sie sieht in der von Gemeinden praktizierten Begünstigung von Ortsansässigen beim Erwerb von Immobilien eine diskriminierende Handlung. Zuziehende EU-Bürger würden gegenüber Ortsansässigen benachteiligt, weil sie höhere Preise für Grundstücke zahlen müssten. Dadurch würden sie gegen die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit von EU-Bürgern verstoßen.

Dabei wird außer Acht gelassen, dass der Vertrag von Lissabon Kommunen das Recht auf Selbstverwaltung einräumt. Hierzu gehört auch die Stadtplanung. Es steht also Binnenmarktsrecht gegen Selbstverwaltungsrecht.

Im vorliegenden Fall handelt sich allerdings um einzelne Grundstücke, keine flächendeckende Praxis. Insofern ist der Binnenmarkt nicht wesentlich beeinflusst, das Gestaltungsrecht der Kommunen im Umkehrschluss schon. Falls es in der Tat zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof kommen sollte, wie dies bei solchen Verfahren möglich ist, wird sich zeigen, wie viel Gewicht die Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im Lissabon-Vertrag haben wird.

## **Aktuelles aus den Ausschüssen & Intergroups**

### **Öffentliche Anhörung zum Thema Kindesmissbrauch**

Am 1. Juli fand im Europäischen Parlament eine Anhörung zum Thema sexueller Missbrauch von Kindern im Internet statt. Darin ging es zum einen darum, das Problem und sein derzeitiges Ausmaß aufzuzeigen. Kommissarin Malmström, sowie Vertreter von UNICEF und Innocence in Danger unterstrichen die Wichtigkeit des Vorschlags der Kommission, der sich gegen sexuellen Missbrauch und kinderpornographische Inhalte, vor allem im Zeitalter des Internets, einsetzt. Neben der Frage "Sperrern oder Löschen", ging es um neue Tatbestände wie das "Grooming" (die Kontaktaufnahmen zu Kindern über Internet zum Zweck des sexuellen Missbrauchs), sowie den Daten- und Persönlichkeitsschutz von Opfern. Die Redner warben um eine Einbindung von Kindern in den Legislativprozess, um herauszufinden, wo die Gefahren liegen. Auch wurde gesagt, dass Kinder, die Opfer werden, nicht zwischen der Welt "online" und "offline" unterscheiden. Das Verbrechen kann seinen Anfang im Internet nehmen (Kontaktaufnahme) und in sexuellem Missbrauch enden. Auch können Bilder tatsächlicher Missbräuche später im Internet zu finden sein. Daher sei es so wichtig, Aufklärung zu betreiben: unter Kindern, Eltern, Lehrern, etc.

Zum anderen ging es um Maßnahmen, die das Problem bekämpfen. Zu dieser Debatte war ein Vertreter von Europol eingeladen, sowie Partner der deutschen Initiative "White IT" - Oracle und das Innenministerium von Niedersachsen. Der Vertreter Europols sprach insbesondere von der Rolle Europols bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden organisierten Verbrechens, einschließlich dem sogenannten "Cyber Crime", worunter auch der sexuelle Missbrauch bzw. kinderpornographische Inhalte im Internet zählen. In einigen Fällen konnten Operationen gegen internationale Netze, die Kinderpornographie herstellen und verbreiten, mit Erfolg abgeschlossen werden. Auch Sperren zeigten sich in einigen Fällen effektiv. Angedacht sei auch ein neues Europäisches Cyber Crime Zentrum. Die "White IT" Initiative, ein Bündnis gegen Kinderpornographie, setzt sich für ein "sauberes" Internet ein und bringt Akteure Niedersachsens aus Wirtschaft, Staat, Forschung, Zivilgesellschaft und der Heilberufe zusammen, um einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Speziell geht es bei der Initiative darum, Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Strafe und Opferschutz voranzutreiben.

Newsletter aus Europa No. 8 (Juli 2010)

Die Anhörung war ein erster Gedankenaustausch im Europaparlament zu diesem Thema. Der Vorschlag der Kommission über sexuellen Kindesmissbrauch, sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie geht jetzt zur Diskussion in die Ausschüsse. Federführend ist der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, meinungsgebend der Ausschuss für Kultur, Bildung & Medien (CULT). In diesem setze ich mich als Schattenberichterstatterin der ALDE klar für das Löschen von Inhalten ein. Eine erste Aussprache im CULT-Ausschuss findet am 14. Juli statt, eine öffentliche Anhörung am 28./29. September.

Die Anhörung fiel zeitlich zusammen mit den Inkrafttreten des Abkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch. Mehr dazu finden Sie hier: <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?NT=201&CM=8&DF=6/11/2008&CL=GER>

### **Beginn der belgischen Ratspräsidentschaft**

Die spanische Ratspräsidentschaft ging am 30. Juni zu Ende. Der Stab wurde weitergereicht an Belgien, ein Land, von dem man mehr erwarten möchte, gleichzeitig jedoch die Erwartungen zügelt, weil dort erst vor kurzem Wahlen stattfanden und die Regierungsbildung noch mehrere Monate in Anspruch nehmen kann - vielleicht sogar bis zum Ende ihrer Ratspräsidentschaft am 31. Dezember 2010.

Der amtierende Ministerpräsident, Yves Leterme, wird erst einmal für die EU-Amtsgeschäfte verantwortlich sein. Wahrscheinlich aber wird es darauf hinauslaufen, dass der ständige Ratspräsident, der Belgier Van Rompuy, die Zügel in die Hand nehmen wird und somit endlich Gelegenheit hat, seinem Amt mehr Farbe und Verantwortung zuzutragen.

Die Belgier wollen neben den Themen, die sie von den Spaniern erben (Regulierung von Hedge-Fonds, eine europäische Finanzaufsicht), neue Akzente setzen: die Innovation, darunter geistiges Eigentum, ein EU-Patent, Forschungsfinanzierung, Vergaberecht und Innovationsinfrastruktur, wird Schwerpunkt sein. Daneben wird es um die Armutsbekämpfung, die EU-Regionalpolitik und die finanzielle Vorausschau und damit das Budget für den Zeitraum 2013 - 2020 gehen.

Doch langfristige Strategien könnten angesichts der drängenden aktuellen Themen in den Hintergrund gedrängt werden. Die nächsten Monaten werden zeigen, wie Belgien seine sowie die Aufgaben der EU meistert.

## **Aktuelles aus den Delegationen**

### **Kroatien: EU-Beitritt rückt in greifbare Nähe**

Am 30. Juni wurden die letzten drei der insgesamt 33 Verhandlungskapitel auf dem Weg zum EU-Beitritt eröffnet. Es handelt sich dabei um die Kapitel Wettbewerb, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Justizsystem und Grundrechte. Vor allem bei letzterem mahnte die EU immer wieder Verbesserungen an, speziell was die Reform des Justizsystems angeht und den vehementen Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen. Zudem konnten zwei weitere Kapitel geschlossen werden - Steuern und Öffentliche Ausschreibung - wodurch nun insgesamt 20 Kapitel erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Ebenso in der letzten Woche hat das kroatische Parlament einer Änderung der Verfassung zugestimmt, die diese dem gemeinsamen Besitzstand der EU (acquis communautaire) anpasst. Nötig geworden waren Änderungen bei Volksabstimmungen, die Anwendung des Europäischen Haftbefehls, die Einräumung des lokalen Wahlrechts für EU-Bürger, eine Einschränkung des Wahlrechts für die kroatische Diaspora sowie die Einräumung von Rechten für Volksminderheiten.

Der Präsident Kroatiens, Ivo Josipovic, rechnet noch immer mit einem Beitritt bis 2012. Wenn bis dahin alle Kriterien erfüllt sind, steht diesem Datum auch nichts mehr im Wege.

Newsletter aus Europa No. 8 (Juli 2010)

## Termine - Rückschau

21. Juni	Podiumsdiskussion Kommunale Selbstverwaltung und Vergaberecht	Brüssel
16.-17. Juni	Konferenz zum Europäischen Sozialfonds	Brüssel
24. Juni	Öffentliche Anhörung zum Thema "Internet, Kultur und Bildung"	Brüssel
24. Juni	FDP Neumitgliederseminar	München
25. Juni	FDP Bayern Landesvorstandssitzung	München
28.-30. Juni	Externe Fraktionssitzung der ALDE	Bilbao
2. Juli	Gespräch im Sozialministerium zum Thema "Europäischer Sozialfonds"	München

## Termine - Vorausschau\*

09. Juli	Referentin beim Seminar "Europa in der Praxis" im Wirtschaftsministerium	München
15. Juli	Blau-Gelbes Sofa - 1 Jahres-Bilanz Europäisches Parlament	München
20. Juli	Mehr Exzellenz an bayerischen Hochschulen (vbw)	München
11. August	Presseaktion zur Gänsestopfleber	München
11. August	Programmatischer Abend der JuLis Oberbayern	München
August	Besuch, Gespräch mit Bundesgrenzschutz/Polizei zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit	Berchtesgardener Land
27. August	Schirmherrin für die Tennis-Kreismeisterschaften	Füssen
1. - 3. Sept	FDP Bezirkstagsfraktion auf Besuch in Brüssel	Brüssel

\*Dies ist nur eine Auswahl von Terminen - eine vollständige Liste finden Sie unter [www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)

## Aus dem "EU-Jargon"

Was ist eigentlich eine "Cantine"?

Cantine ist nicht nur das französische Wort für einen Ort zur mittäglichen Essenaufnahme, es beschreibt auch ein Symbol des Straßburg-Irrsinns.



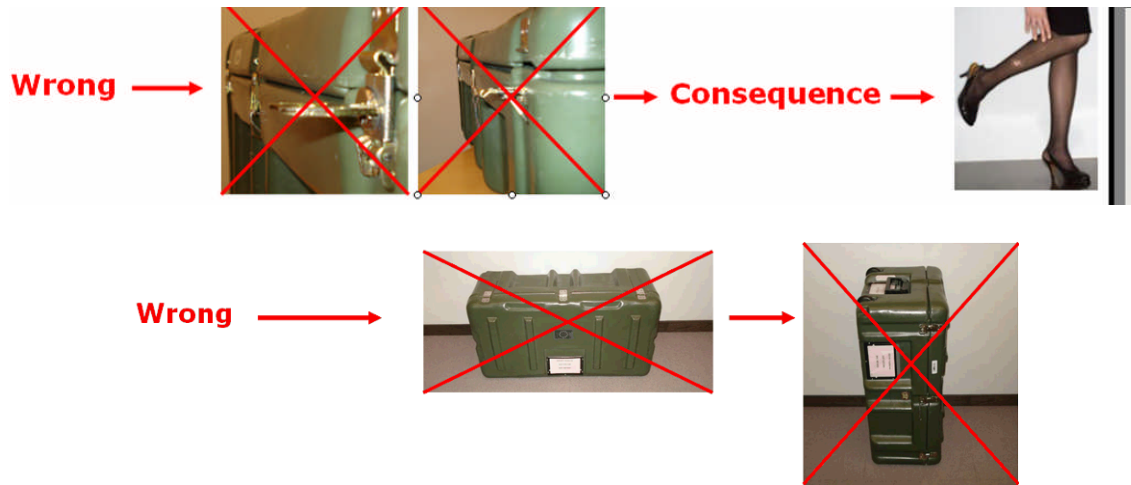
Cantinen sind bunte Plastikboxen, die jedem Abgeordneten zur Verfügung stehen, um Arbeitsmaterial nach Straßburg zu transportieren - Alkohol ist dabei strengstens verboten. In jedem Fall



hat die Zunahme der papierlosen Korrespondenz zu einer Abnahme ihrer Bedeutung geführt. Völlig zu ersetzen sind sie jedoch nicht. Und somit reisen bei jeder Plenarsitzung hunderte dieser Kisten die 430 km von Brüssel nach Straßburg und zurück. Neben Zügen, Flugzeugen und Autos, die die Abgeordneten transportieren, sind also weitere LKWs notwendig, um den monatlichen Karnevalszug nach Straßburg logistisch zu unterstützen.

Wie eine kürzlich versandte Mitteilung der Logistikabteilung des Europäischen Parlaments zeigt, stellen diese Cantinen offensichtlich hochkomplexe, teilweise sogar gefährliche Systeme, dar. Daher sei der Nutzer gewarnt:

Newsletter aus Europa No. 8 (Juli 2010)



## Kontakt & Impressum

### Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP  
60, rue Wiertz, ASP 10G146  
B-1047 Brüssel, Belgien  
Tel.: +32 2 28 47573  
[nadja.hirsch@europarl.europa.eu](mailto:nadja.hirsch@europarl.europa.eu)  
[www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff  
LIBE-Ausschuss: Nadia El Bennich  
CULT-Ausschuss: Nina Elzer  
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer e-mail an [nina.elzer@europarl.europa.eu](mailto:nina.elzer@europarl.europa.eu)

### Kontakt - Wahlkreis

Europabüro Nadja Hirsch, MdEP  
Kontaktperson: Claudia Kunze  
Rindermarkt 6, D-80331 München  
Tel.: +49-89-126009-22  
Fax: +49-89-126009-30  
[www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)